

CDU: Keine Windräder auf dem Taunuskamm

CDU bleibt bei klarem Kurs gegen Windräder im Rheingau und dem Untertaunus / Willsch, Beuth und Müller-Klepper sind sich einig im Kampf gegen die Verschandelung unserer Kulturlandschaft

Der Kreisvorstand der CDU Rheingau-Taunus hat sich in seiner jüngsten Sitzung mit den Plänen des Regionalverbandes zur Energiewende beschäftigt. „Mit einer Vertuschungstaktik versucht der von einer rot-grünen Mehrheit dominierte Regionalverband die Wähler vor den Wahlen am 22. September zu täuschen. Offenbar sollten die Vorrangflächen nicht vor der Landtagswahl veröffentlicht werden“, so der CDU-Kreisvorsitzende Klaus-Peter Willsch. Dankenswerterweise wurde die Karte mit den vorgesehenen Flächen durch die Presse veröffentlicht.

Bis zu 14,9% der Fläche des Landkreises betroffen

Alleine im Rheingau-Taunus sollen nach den Vorstellungen des

Landkreis Petra Müller-Klepper und Peter Beuth entsetzt. Dies ist alles nur möglich, wenn auch die Voraussetzungen für den Landesentwicklungsplan verändert werden. Unter der schwarz-gelben Landesregierung sind für die Ermittlung der Vorrangfläche ein Mindestabstand zur Wohnbebauung von 1.000 Metern und eine Windgeschwindigkeit von mindestens 5,75 Metern in der Sekunde in 140 Metern Höhe festgelegt. Laut den Vorstellungen der rot-grünen Mehrheitsbesetzung im Regionalverband sollen diese Voraussetzungen auf 750 Meter Mindestabstand zur Wohnbebauung und die Windgeschwindigkeit auf 5,5 Meter herabgesetzt werden.

„Dies ist eine Zumutung für die Menschen in unserem Landkreis“, sind sich die Kandidaten

halten wird. Bei der fortschreitenden Technik, die höhere Anlagen in Zukunft ermöglicht, müsse sichergestellt werden, dass der Schutz der Bevölkerung auch dann noch sichergestellt sei. Ziel sollte dabei sein, geeignete Flächen für Windkraftanlagen gemeinsam zu suchen und zu entwickeln, wo sie natur- und bürgerverträglich sind. Die CDU spricht auch in dieser Frage mit einer Stimme und die Bürger können sich sicher sein, was sie bekommen, wenn sie der Union und ihren Kandidaten für den Landtag und ihrem Bundestagskandidaten ihre Stimme geben. Von Rot-Grün sei zu erwarten, dass sie nach einem möglichen Wahlsieg die Pläne mit geringeren Abständen und geringeren Windgeschwindigkeiten sofort wieder aus der Schublade holen würden.



Zur Veranschaulichung der Höhe einer Windkraftanlage der Vergleich zum Helaba-Turm in Frankfurt und zur Marktkirche in Wiesbaden



Windräder wohin man schaut. So sieht die rot-grüne Idee für die Entwicklung unserer Region aus

Regionalverbandes 14,9 Prozent der Kreisfläche durch Ausbau von Windrädern betroffen sein. „Das würde den Bau von hunderten zusätzlichen Windrädern im Landkreis bedeuten“, sind die Landtagskandidaten im

Willsch, Beuth und Müller-Klepper einig. Die CDU Rheingau-Taunus fordert darüber hinaus, dass zukünftig ein Mindestabstand vom Zehnfachen der Windradhöhe von der Wohnbebauung einge-

„Unsere herrliche Kulturlandschaft mit mehreren hundert weiteren Windrädern zu verschandeln ist der pure Wahnsinn. Das ist mit uns und der CDU im Rheingau-Taunus-Kreis nicht zu machen. Wir

werden unsere ganze Kraft daran setzen, dass dies nicht eintritt.“ Energiepolitik muss des Weiteren als „Schnittmenge der Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik“ gesehen werden.

„Die Energiekosten für die Bürger dürfen nicht zur neuen ‚sozialen Frage‘ im Land werden, indem ein willkürlicher Ausbau die Kosten weiter treibt. Daher müssen wir beim Ausbau der regenerativen Energie nicht den schnellsten, sondern den klügsten Weg gehen. Wir brauchen eine Energiewende, die uns sichere, saubere und bezahlbare sowie von den Bürgern akzeptierte Energie liefert,“ sind sich Müller-Klepper, Willsch und Beuth einig.

schung wie schon 2008 bei Ypsilanti geben“, so die drei Kandidaten für dem Rheingau-Taunus einhellig. Der Verein „Rettet den Taunuskamm e.V.“ hat dazu einen Film produziert, der die Auswirkungen der von SPD und Grünen geplanten, wahnsinnigen Windkraftexpansion sehr gut darstellt. Sie finden den Film im Internet über folgenden Link: <http://www.youtube.com/watch?v=1kH1nPvXyb8#t=90>.

„Ein Jeder kann aber hierzu beitragen und mit seiner Stimme am 22. September diesem Spuk und der Vertuschungstaktik der rot-grünen Hirngespinnste einen Riegel vorschieben. Mit allen Kreuzen bei der CDU wird es keine erneute wahltaktische Vertu-



12. Jahrgang
Nummer 81
September 2013

Seite 3



Prof. Dr. Max Otte zu Besuch im Wahlkreis von Klaus-Peter Willsch

Seite 3



Klaus-Peter Willsch Mit der Wissenschaft im Kampf gegen die Rettungsschirmpolitik

Seite 6



Klaus-Peter Willsch Starker Einsatz für den Denkmalschutz im Wahlkreis



WAHL-TAXI

Sie können jetzt schon persönlich im Rathaus oder per Briefwahl Ihre Stimme abgeben. Habe Sie Fragen oder benötigen Sie einen Fahrdienst zum nächsten Wahllokal?

Wir helfen Ihnen gerne! Telefon: 06124 723930

PEAK

International

Zwischenruf des Herausgebers

Liebe Leser,

Klartext beim Erntedankfest: der Vorsitzende der Kreisbauernverbände im Rheingau-Taunus, der Niedermeilinger Thomas Kunz, nutzte seine kurze Ansprache zur Gegenattacke. In der liebevoll dekorierten Schafhalle der Familie Berball in Wüstems berichtete Kunz zunächst über das Wetter im Jahresverlauf und die entsprechenden Auswirkungen auf die Vegetation und die Arbeit auf dem Feld. Namens seiner Standskollegen und ihrer Familien wie auch persönlich dankte er im Anschluss an den ökumenischen Gottesdienst für eine gute Ernte. Dem Gutmenschengequatsche über die Verwerflichkeit von „Lebensmittelspekulationen“ stellte er die Notwendigkeit moderner betriebswirtschaftlicher Instrumente in der Landwirtschaft entgegen. Indem die Landwirte mit ständigem Blick auf die Märkte Teile ihrer Ernte schon früh im Jahresverlauf auf Termin verkaufen, sichern sie Ertrag und mindern die Risiken von Preisschwankungen auf ihr Jahresergebnis. Hierzu bedienen sie sich der Warenterminbörsen. Mit Blick auf die laufenden Kampagnen für Landtags- und Bundestagswahl ließ Thomas Kunz dann seinem Ärger über die Herabsetzung der Landwirtschaft durch „eine politische Gruppierung“ freien Lauf: noch nie habe er es erlebt, dass derartig gegen einen Berufsstand polemisiert worden sei. Es gebe diffamierende Diskussionen über Viehhaltung und Pflanzenschutz. Das Aufstacheln müsse ein Ende haben: große gegen kleine Betriebe, Ackerbau gegen Viehhaltung, konventionelle gegen alternative Betriebe; dies sei weder gerechtfertigt noch zielführend. „Wer spricht von unserer harten Arbeit, unserem Einsatz, unserem toten Nachwuchs, den guten und bezahlbaren Lebensmitteln, den Blühflächen, grüner Energie und für Erholungssuchende von den Bauern gemulchten Feldwegen?“, so schloss Thomas Kunz seinen Ausflug in die Politik. Jedem in der Halle war klar, wer mit der Philippika gemeint war. Da ich keine Grünen beim Erntedankfest gesehen habe, hab ich's ihnen hier vorsorglich mal aufgeschrieben. Ich jedenfalls sage unseren Bauern und ihren Familien ein herzliches Dankeschön für ihre harte Arbeit und unserem



Herrgott für diese Ernte, denn „Wachstum und gedeihen, stehen in des Himmels Hand,“ wie wir im Gottesdienst mit den Worten von Matthias Claudius gesungen haben. „Alle gute Gabe, kommt her von Gott dem Herrn, drum dankt ihm dankt, drum dankt ihm dankt, und hofft auf ihn.“ Langsam dämmert es der Bevölkerung, dass die Grünen etwas anderes sind als die barmherzigen Samariter, die nur geduldig Kröten über die Straße helfen: nämlich knallharte Ideologen, die unser aller Leben in einer unerträglichen Weise reglementieren wollen. Leider lassen ihre Bigotterie durchgehen. Wer ihren Forderungen entgegentritt, wird als Verderber des Weltklimas, Umweltfeind, Naturzerstörer, von der Großindustrie Bestochener, Menschenvergifter, Tierquäler oder - wenn gar nichts anderes mehr hilft - als unzeitgemäß und Ewig-gestriger abgestempelt. Wie gut es sich doch lebt in dieser abgeschlossenen Welt der Überlegenheit der eigenen unangreifbaren moralischen Haltung! Da kann man es sich leisten, kein kritisches Wort über hundertausende Abtreibungen in einem der reichsten Länder der Welt zu verlieren. Schließlich ist es Kernbestand der grünen Parteigeschichte, das Lebensrecht der ungeborenen Kinder dem Selbstbestimmungsrecht der Frau unterzuordnen, der leibliche Vater spielt natürlich auch keine Rolle. Da kann man auch den Taunuskamm mit Windrädern zustellen, dafür hektarweise Wald abholzen und damit unsere herrliche Mittelgebirgslandschaft zerstören, es ist ja für einen guten Zweck. Merkwürdig der Kontrast zum Kampf gegen den Bau einer unterirdischen Weinkellerei auf dem Steinberg bei Kloster Eberbach, die vor wenigen Jahren von Seiten der Grünen noch mit der Ankunft der apokalyptischen Reiter im Rheingau gleichgesetzt wurde. Die herkömmlichen Ener-

gieversorger sind üble Kapitalisten, die sich mit Parteispenden die Politik gefügig machen und mit ihrer Lobbyarbeit knallhart ihre Interessen durchsetzen, während die vielfältigen Verknüpfungen der Grünen mit der erneuerbaren Energiewirtschaft und ihren Verbänden einzig und allein auf altruistischen Motiven gründen. Auch die erheblichen Parteispenden an die Grünen aus diesem Bereich sind von herausragender moralischer Erhabenheit und keineswegs interessengeleitet. Wahrscheinlich galt die missglückte Intonation des bekannte Pippi-Langstrumpf-Liedes durch Andrea Nahles in der letzten Plenarsitzung des Deutschen Bundestages in Wahrheit den Grünen: „Ich mach mir die Welt, widde, widde, wie sie mir gefällt!“ Dazu passt auch, dass die Grünen die 450 €-Jobs abschaffen wollen. Ein paar Euro dazuzudienen, sei es zum Taschengeld-aufbessern mit Zeitungsaustragen, sei es als Aushilfe in der Gastronomie, um für den Familienurlaub oder die Weihnachtsgeschenke ein bisschen mehr zu haben, das alles soll nur noch bis 100 Euro im Monat gehen, weil die Grünen den Ausgebeuteten zur Seite springen und dabei das volle Sozialversicherungs- und Steuerpaket mit verabreichen. Dass der Schüler nach dem Zeitungsaustragen zur Schule muss, die Aushilfskellnerin nur wenige Stunden pro Woche arbeiten will, interessiert die Phantasten von den Grünen nicht, alle bekommen sozialversicherungspflichtige Vollzeitjobs: morgens von fünf bis halb sieben Zeitungen austragen, dann zum Frühstück servieren ins Hotel, dann ein paar Stunden an der Tankstellenkasse und anschließend zum Saubermachen in die Kita, schon ist der Achtstundentag fertig und die Illusion der Grünen genährt. Ich sehe schon die Heerscharen, die darauf gewartet haben und sich um solche Jobs bewerben! Völlig realitätsferner Quatsch! Da bleibt nur noch mein Schlussappell: liebe Wähler, passt auf. In Land und Bund geht es um's Ganze am 22. September. Rot-(rot)-grüner Abstieg und Gängelung oder wirtschaftlicher Erfolg und persönliche Freiheit mit christlich-liberaler Führung stehen zur Auswahl. Ihr Klaus-Peter Willsch

Prof. Dr. Max Otte besucht Klaus-Peter Willsch im Wahlkreis



Max Otte: Der Top-Ökonom zu Gast bei Willsch

Auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Klaus-Peter Willsch besuchte der renommierte Wirtschaftsexperte Dr. Max Otte den Wahlkreis Rheingau-Taunus/Limburg. Herr Dr. Otte ist Professor für allgemeine und internationale Betriebswirtschaftslehre an der FH Worms und Professor für quantitative und qualitative Unternehmensanalyse an der Universität in Graz. In seinem 2006 veröffentlichten Buch „Der Crash kommt“ sagte er eine große Finanzkrise voraus. Nur ein Jahr später im Jahr 2007 sollte er damit Recht behalten und es erfolgte der Ausbruch der internationalen Finanzkrise. Herr Prof. Dr. Otte wurde dreimal in Folge (2008-2010) von den

Lesern von Börse online zum „Börsianer des Jahres“ gewählt. Er tritt für eine massive Finanzmarktregulierung ein und forderte 2010 den Austritt der am stärksten verschuldeten Staaten Europas aus der Eurozone. Professor Otte besuchte bei seinem Wahlkreisauftenthalt die Fürst-Johann-Ludwig-Schule in Hadamar und stand der dortigen Oberstufe für Fragen zur Euro-Krise, zur Finanzmarktregulierung und zur Wirtschaftspolitik allgemein Rede und Antwort. Die Schüler freuten sich darüber, durch die Organisation von ihrem Abgeordneten Klaus-Peter einen derart kompetenten Ansprechpartner zu haben, der den Schülern half, theoretische Kenntnisse und praktische Politikergebnisse miteinander zu verknüpfen. Weiterhin war Prof. Otte Redner bei der von Willsch organisierten Nassauer Tafel und stand einem ausgewählten Kreis aus mittelständischen Unternehmern als hochkarätiger Gast zur Verfügung, um vertieft Fragen zum Euro und den internationalen Finanzsystemen zu diskutieren.

Rote Wölfe im grünen Schafspelz

Autor Peters Helmes stellt in seinem Werk „Die Grünen - Rote Wölfe im grünen Schafspelz“ die Ideologie der grünen in beeindruckender Weise dar. Er beschreibt die grüne Mission der Zerstörung konservativer Werte und die indiskutable Vertuschung und Verharmlosung der teils kriminellen Alt-Achtundsechziger. Weiterhin beleuchtet er die Lebensläufe der grünen Spitzenpolitiker darunter u.a. die Denk- und Handlungsmaximen von Jürgen Trittin, Claudia Roth, Renate Künast und Cem Özdemir. Helmes erläutert anschaulich die Machtstrategie der Grünen und deren inhaltliche Positionen. Dabei zeichnet er nachvollziehbar das Bild vom Marsch in den grünen Kommunismus und den grünen Wahnsinn vom Öko-Faschismus über den Verlust von Glauben und ethischen Grundsätzen bis hin zum Gender Mainstream und den hohen wirtschaftlichen Kosten für die Umsetzung der grünen Öko- und Energiewende. Auch über die Grünen als Dagegen-Partei finden sich zahlreiche Beispiele. Insgesamt stellt das Werk eine notwendige Warnung vordem Grünen dar.

Peter Helmes

Die Grünen

Rote Wölfe im grünen Schafspelz



CDU-Bundestagsabgeordneter Willsch und der Präsident des Münchner ifo-Instituts käpfen gemeinsam gegen die verfehlte Rettungsschirmpolitik



Zwei Volkswirte mit klarer Haltung zur Euro-Rettung: Klaus-Peter Willsch und Hans-Werner Sinn beim Gedankenaustausch zur Euro-Krise.

ifo-Präsident Hans-Werner Sinn sieht die Ursache der europäischen Schuldenkrise in exzessiven Leistungsbilanzdefiziten. Als sich das private Kapital in der Krise aus den Ländern Griechenland, Irland, Portugal und Spanien zurückgezogen habe, habe die EZB den Notenbanken dieser Länder erlaubt, die entstehenden Leistungsbilanzdefizite zu Lasten der Deutschen Bundesbank durch das Drucken und Verleihen neuen Geldes zu finanzieren. In den Jahren 2008, 2009 und 2010 seien auf diese Weise Milliardenbeträge in dreistelliger Höhe an „Kre-

diten“ von der Bundesbank an die Notenbanken dieser Länder geflossen. Diese Kredite werden als Target-Salden in den Bilanzen der Notenbanken verbucht. Sinn sieht darin einen Rettungsschirm vor dem Rettungsschirm, der an den Parlamenten vorbei - also ohne deren Kenntnis und Zustimmung - aufgespannt wurde. Er fordert zudem ein Beenden der Staatsanleihen-Käufe durch die EZB. Auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch kritisiert die massiven Staatsanlehenaufkäufe der EZB vehement. Der Bundes-

regierung und dem Deutschen Bundestag wirft Sinn vor, es versäumt zu haben, eindeutige Kreditbedingungen für die Krisenprozedur ausgehandelt zu haben. Seiner Meinung nach führt der Europäische Stabilitätsmechanismus zur Schwächung des Euro und zur Gefährdung des europäischen Einigungswerkes. Auch damit stimmt er mit der Haltung Willschs überein, der für eine Rückkehr zur „no-bail-out“-Klausel des Vertrags von Maastricht und für härtere Sanktionen bei Missachtung der Schuldenregeln eintritt.

Viel Schwung mit A.B.S. Global Factoring

Wer als Sportler ein starkes Rückgrat hat, wird nicht so leicht aus der Bahn geworfen. Deshalb unterstützt A.B.S. Global Factoring nicht nur Mittelständler bei Zahlungsausfällen, sondern sponsert auch junge Spitzensportler im täglichen Wettkampf wie die Weltmeisterin im Hammerwerfen, Betty Heidler.

Mit freiem Kopf gelingt dann schon mal leichter im Kampf um Punkte, Rekorde und der Meisterschaft der ganz große Wurf. Aber auch wenn Ihr Kunde mal den „Hammer“, sprich das „Handtuch“ wirft und Sie auf Ihren Forderungen sitzen bleiben, sind wir für Sie da.



Als erfahrener Factoring-Spezialist für den Mittelstand sorgen wir für Ihre Liquidität. Das schafft Freiräume für weiteres Wachstum an der Seite eines starken, unabhängigen Partners. Bei Banken bleiben Sie weiter ein gern gesehener Kunde.

Sprechen Sie mit uns, wir beraten Sie fachkompetent und unverbindlich in allen Fragen der Liquidität - damit Sie auch morgen wieder mit viel Schwung durchstarten.



Betty Heidler Weltmeisterin im Hammerwerfen

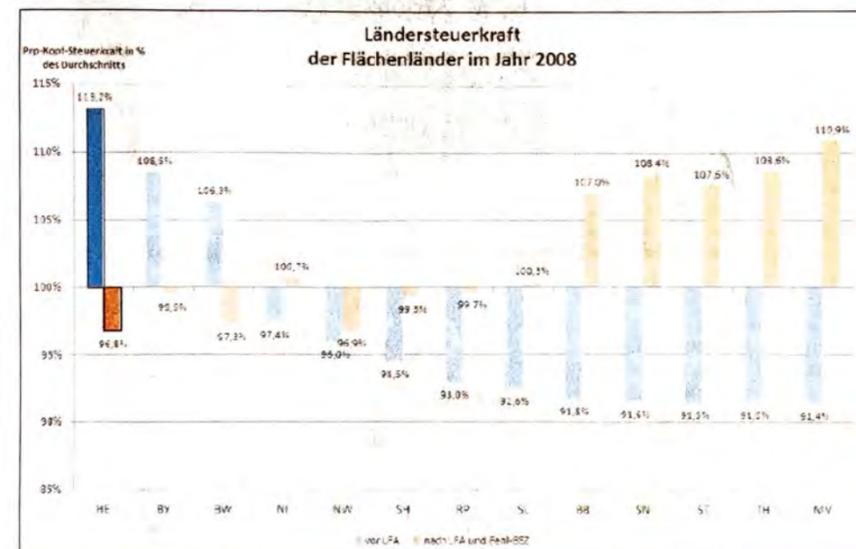
CDU kämpft für hessische Interessen

Die hessischen Zahlungsverpflichtungen in den Länderfinanzausgleich (LFA) schränken die Handlungsspielräume in erheblichem Maße ein. Vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltssituation des Landes stellen diese Mittel eine enorme Belastung dar. Bei einer Gesamt-LFA-Belastung von rund 2,5 Milliarden Euro (abrechnungsmäßig ergibt sich eine Pro-Kopf-Belastung von 410 Euro. Auf den Plätzen folgen Bayern (235 Euro), Baden-Württemberg (234) und Hamburg (212). Von 1999 bis 2008 hat Hessen insgesamt über 22,8 Milliarden Euro in den LFA eingezahlt, aber „nur“ 10,6 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen müssen.

Hessen fällt bei der Pro-Kopf-Ländersteuerkraft durch den LFA vom ersten auf den letzten Platz aller Flächenländer zurück! Die vorläufige Abrechnung des Jahres 2008 hat dieses Ergebnis aufgezeigt; dabei ist betrachtet worden, über welche Mittel das Land alleine und mithin ohne

Berücksichtigung der fiktiven Steuerkraft der Kommunen verfügen kann. Wie die beiliegende Grafik zeigt, hat Hessen nach Durchführung des Länderfinanzausgleichs (einschließlich Fehlbetrags-BEZ) die niedrigste Pro-Kopf-Ländersteuerkraft aller Flächenländer, obwohl es vor Finanzgleichheit an erster Stelle liegt. Die Belastungen Hessens würden noch besorgniserregender aussehen, wenn es im Jahr 2001 nicht eine Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs mit Wirkung ab dem Jahr 2005 gegeben hätte. Ohne diese Neuordnung hätte Hessen in der Summe der vier Jahre 2005 bis 2008 noch weitere Belastungen in einer Größenordnung von rund 450 Millionen Euro tragen müssen. Angesichts der bestehenden Mehrheitsverhältnisse ist eine finanzwirtschaftlich gerechtere Neuordnung des LFA seitens der Hessischen Landesregierung jedoch nicht zu erreichen gewesen. Die Gültigkeit des heutigen Systems ist befristet

bis zum Jahre 2019, bis spätestens dann müssen sich Bund und Länder also auf eine Nachfolgeregelung einigen. Die politische Verhandlungsposition der finanzstarken Länder ist durch den möglicherweise dauerhaften Ausfall von Nordrhein-Westfalen als Zahlerland geschwächt. Es stehen vier Geberländer 12 Nehmerländern gegenüber. Eine Grundvoraussetzung für die Neuordnung des Finanzausgleichs im hessischen Sinne wird der Nachweis einer Überbelastung des Landes und des Landeshaushalts sein. Dazu bedarf es der Aufarbeitung der finanziellen Wechselwirkungen zwischen Land und Kommunen einerseits sowie eines Aufgabens- und Ausgabenvergleichs des Landeshaushalts mit anderen Ländern (Benchmarking) andererseits. Angesichts der zahlreichen höchstrichterlichen Urteile zu dieser komplizierten Thematik würde es ohne diesen Vergleich schwerfallen, neue und konkrete Ansatzpunkte für eine erneute Klage zu finden.



Steuerpläne von SPD und Grünen schaden der Wirtschaft und belasten die privaten Haushalte

SPD und Grüne verstehen unter Finanzpolitik vor allem Steuererhöhungen und die Einführung neuer Steuern und Abgaben: Die Einkommens-, Erbschafts- und Kapitalertragssteuer sollen erhöht, eine Vermögens-, Wasser- und Baurohstoffsteuer eingeführt, die Kinderfreibeträge reduziert, die Beitragsbemessungsgrenze für die Krankenversicherung angehoben und Minijobs abgeschafft werden.

Die Abschaffung des Ehegattensplittings und eine Reduzierung der Kinderfreibeträge bedeuten für jede dritte Familie Mehrbelastungen. Ein Alleinverdienerehepaar mit einem Jahreseinkommen von 55.000 Euro müsste ohne Ehegattensplitting pro Jahr etwa 1.300 Euro mehr an den Staat zahlen. Durch eine Erhöhung der Einkommensteuer in Verbindung mit der Streichung des Ehegattensplittings wird vor allem die Mittelschicht zur Kasse gebeten. Dies gilt bereits ab einem Brutto-

Familieneinkommen ab 5.000 Euro im Monat.

Die Einführung einer Vermögenssteuer bzw. -abgabe im Zusammenhang mit einer Erhöhung der Einkommenssteuer und der Verdopplung des Aufkommens aus der Erbschaftsteuer bedrohen die Existenz mittelständischer Betriebe. Ein Familienunternehmen mit 25 Mitarbeitern und einem Gewinn von 120.000 Euro müsste eine Vermögensabgabe von 42.000 Euro im Jahr leisten!

Zwei Millionen Arbeitsplätze sind nach den Berechnungen des Deutschen Industrie- und Handelskammertags durch die Steuer-

SIE WOLLEN NUR DEIN BESTES.

ROT-GRÜN STREICHT DIR 75 PROZENT DEINES 450€ MINIJOBS

Am 27.9. alle Stimmen für die CDU!

www.komm-zu-uns-an-bord.de

JU JUNGE UNION HESSEN

vorhaben von SPD und Grünen gefährdet. Was eine solche Politik anrichten kann, sieht man beispielsweise in Frankreich, wo Steuererhöhungen zu einem wirtschaftlichem Abstieg geführt haben. Die Rot-Grünen Steuerpläne stellen eine Gefahr für die wirtschaftlichen Erfolge dar, die Hessen unter der CDU-geführten Landesregierung feiern konnte. Angesichts der oben genannten Maßnahmen von „Sozialer Gerechtigkeit“ zu sprechen ist daher purer Etikettenschwindel.

Von den Problemen der politischen Linken mit der deutschen Nation

„Deutschland verschwindet jeden Tag immer mehr, und das finde ich einfach großartig.“

Jürgen Trittin, Bündnis90/Die Grünen

„Noch nie habe ich die deutsche Nationalhymne mitgesungen und ich werde es als Minister auch nicht tun.“

Jürgen Trittin, Bündnis90/Die Grünen

Sinngemäß: „Wir wollen, dass Deutschland islamisch wird“

Cem Özdemir, Bündnis90/Die Grünen

„Wir haben eine multikulturelle Gesellschaft in Deutschland, ob es einem gefällt oder nicht [...] Die Grünen werden sich in der Einwanderungspolitik nicht in die Defensive drängen lassen nach dem Motto: Der Traum von Multi-Kulti ist vorbei.“

Claudia Roth, Bündnis90/Die Grünen

„Deutschland muss von außen eingeeht, und von innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi verdünnt werden.“

Joschka Fischer, Bündnis90/Die Grünen

„Ich wollte, daß Frankreich bis zur Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt.“

Sieglinde Frieß, Bündnis90/Die Grünen

„Wir, die Grünen, müssen dafür sorgen, so viele Ausländer wie möglich nach Deutschland zu holen. Wenn sie in Deutschland sind, müssen wir für ihr Wahlrecht kämpfen. Wenn wir das erreicht haben, werden wir den Stimmenanteil haben, den wir brauchen, um diese Republik zu verändern.“

Daniel Cohn-Bendit, Bündnis90/Die Grünen

„Es geht nicht um Recht oder Unrecht in der Einwanderungsdebatte, uns geht es zuerst um die Zurückdrängung des deutschen Bevölkerungsanteils in diesem Land.“

Vorstand der Bündnis90/Die Grünen

„Die Frage, [ob die Deutschen aussterben], das ist für mich eine, die ich an allerletzter Stelle stelle, weil die-

ses ist mir, also so wie sie hier gestellt wird, verhältnismäßig wurscht.“

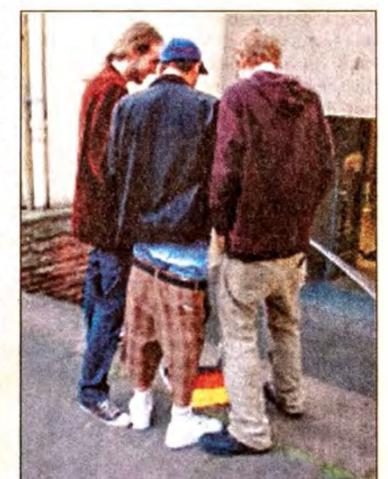
Renate Schmidt, SPD und ehem. Bundesfamilienministerin

„Deutsche Nation, das ist für mich überhaupt nichts, worauf ich mich positiv beziehe – würde ich politisch sogar bekämpfen.“

Franziska Drohsel, SPD und ehem. Bundesvorsitzende der Jusos

Das, was Sultan Süleyman mit der Belagerung Wiens 1529 begonnen hat, werden wir über die Einwohner, mit unseren kräftigen Männern und gesunden Frauen, verwirklichen.

Vural Öger, SPD Europa-Abgeordneter und Unternehmer von Öger Tours



Die grüne Jugend uriniert auf die deutsche Fahne

VATER MUTTER SCHEIDUNGSKIND

Familie schaffen wir nur gemeinsam.

caritas

caritas.de/familie

pmcs.helpLine
software gruppe

Ausbildungs- & Studienplätze

Kaufmännische und technische Berufe

Bewirb dich jetzt für 2014!

www.komm-zu-uns-an-bord.de



Tag der Entscheidung

Landtags - und Bundestagswahl

22. September 2013

Wo: Rheingau-
Taunus-Kreis

Was: 1212 Windräder
mit einer Höhe von
200 Metern

Die örtliche CDU hat
sich klar gegen das
Projekt ausgesprochen.

Ihre Stimme zählt!



www.rettet-den-taunuskamm.de

